

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Edgar Naujok, Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6916 –**

Stärkung des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) national und international einen hervorragenden Ruf genieße. Der Deutsche Bundestag nutze die Evaluierungen, die für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) bedeutend seien, für die parlamentarische Kontrolle.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6916 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Johannes Wagner
Berichterstatter

Knut Gerschau
Berichterstatter

Edgar Naujok
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Dr. Wolfgang Stefinger, Johannes Wagner, Knut Gerschau und Edgar Naujok

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/6916** in seiner 106. Sitzung am 26. Mai 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, das DEval zeitnah institutionell und finanziell deutlich zu stärken. Das Institut solle zukünftig mehr unbefristete und länger befristete Stellen anbieten können.

Die Antragsteller fordern außerdem, das DEval gegenüber den Durchführungsorganisationen der deutschen EZ zu stärken.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 38. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen Stimmen der Fraktion der AfD in Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** führt aus, dass man mit dem Antrag die von allen geschätzte Arbeit des DEval effektiv unterstützen wolle. Durch die Evaluierungen des DEval habe der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) die Möglichkeit, die Arbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Durchführungsorganisationen nachzuvollziehen und die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu überprüfen. Wenn es nach den Plänen der Regierungskoalition gehe, dann solle das DEval künftig stärker ressortübergreifend arbeiten und auch die Mittel der Official Development Assistance (ODA) der anderen Ministerien einbeziehen. Dafür würde das DEval nicht nur eine erhebliche finanzielle Stärkung benötigen, sondern man müsse zudem den Angestellten und Wissenschaftlern bessere Arbeitsbedingungen bieten. Der Antrag sei ein Maßnahmenpaket, mit dem das DEval fit für die Zukunft gemacht würde. Wenn es den anderen Fraktionen nicht möglich sei, dem Antrag der Fraktion der AfD zuzustimmen, bitte man darum, das DEval zumindest in den kommenden Verhandlungen zum Haushalt des BMZ ausreichend zu berücksichtigen.

Die **Fraktion der SPD** stellt heraus, dass die Arbeit des DEval sehr wichtig sei, zumal deren Evaluierungen klar aufzeigten, dass die EZ funktioniere. Damit leiste das DEval in Zeiten der alternativen Fakten einen herausragenden Beitrag. Die Berichte verdeutlichten, wo die ODA-Mittel eingesetzt und welche Wirkung sie konkret erzielen würden. Die Fraktion der AfD stelle hierzu einen Antrag, und dementsprechend müssten sie die Ergebnisse der Evaluierungen des DEval eigentlich anerkennen, aber sie würden die Wirkungen der EZ ständig in Frage stellen. Zu den Forderungen der Antragsteller im Hinblick auf den Haushalt, befinde man sich aktuell im parlamentarischen Verfahren, in Kürze werde ein Kabinettsentwurf vorliegen, und dann habe man die Möglichkeit, sich damit auseinanderzusetzen. Die Fraktion der SPD werde die hervorragende Arbeit des DEval selbstverständlich auch in Zukunft unterstützen. Den Antrag lehne man ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass das DEval mit den Evaluierungen wichtige Grundlagen liefere, mit deren Hilfe man die Entwicklungspolitik diskutieren könne; darauf könne man sich sicherlich fraktionsübergreifend einigen. Es sei allerdings zu befürchten, dass die Fraktion der AfD das DEval aus politischen Motiven instrumentalisieren, und deshalb lehne man den vorliegenden Antrag ab. Zu kritisieren sei aber auch die Bundesregierung, die in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel festgelegt habe, die ressortübergreifende Evaluierung der Verwendung der ODA-Mittel zu stärken. Auf diese Umsetzung warte man weiterhin, und hier müsse deutlich mehr passieren als Ankündigungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass man die Arbeit des DEval sehr schätze und schon immer eine stärkere Rolle gefordert habe. Das Institut habe inzwischen zweifelsfrei eine Aufwertung, sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht, erfahren. Das DEval sei für das BMZ wichtig, und deshalb sei, sofern es die Haushaltsmittel zulassen würden, eine weitere Stärkung geplant. Somit sei der vorliegende Antrag durch Regierungshandeln erledigt und obsolet, und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne ihn ab. Es sei im Übrigen schäbig, das DEval zu instrumentalisieren und auszunutzen, um die deutsche EZ zu diskreditieren, da die Fraktion der AfD in der Vergangenheit die professionelle und unabhängige Arbeit des DEval ebenso wenig wie eine moderne evidenzbasierte Entwicklungspolitik geschätzt hätte.

Die **Fraktion der FDP** weist darauf hin, dass das DEval eine anerkannte und effektive Organisation sei, die bei der Bewertung der Effizienz der deutschen EZ eine wichtige Rolle spiele, und die Abgeordneten könnten sich mit Hilfe der zahlreichen Evaluierungen gut informieren. Dennoch sei es unnötig, eine weitere Stärkung zu fordern, denn das Institut stehe bereits gut da. Im Jahr 2022 habe es rund 9 Mio. Euro ausgegeben und zusätzliche 1,9 Mio. Euro für Projektmittelausgaben erhalten. Dies sei eine angemessene finanzielle Basis, auch für die zukünftige Arbeit. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre ebenfalls aufgestockt worden, von 90 auf 115 Personen. Die Fraktion der AfD erkläre in dem Antrag nicht, wozu noch mehr unbefristete oder länger befristete Stellen notwendig seien. Es könne und solle nicht die Aufgabe des DEval sein, Eingriffsrechte gegenüber den Durchführungsorganisationen zu haben, worauf die Antragsteller im Punkt 3 der Forderungen offenbar hinaus wollten. Das DEval nehme vielmehr eine Position ein, die man mit dem Bundesrechnungshof (BRH) vergleichen könne. Das Institut berichte über Missstände, könne Vorschläge machen und Mahnungen aussprechen. Es könne nicht wie die Polizei agieren oder der GIZ, KfW oder gar dem BMZ aufzeigen, was getan werden müsse. Das wäre auch niemals geplant gewesen. Man habe den Eindruck, dass die Antragsteller das DEval missbrauchen wollten, um generellen Druck auf die deutsche Entwicklungspolitik auszuüben, denn dagegen bestehe ein grundsätzliches Misstrauen, und man suche alle denkbaren Hebel, um die EZ einzuschränken. Das mache die Fraktion der FDP nicht mit, und deswegen lehne man den Antrag ab.

Berlin, den 21. Juni 2023

Dr. Karamba Diaby
Berichtersteller

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichtersteller

Johannes Wagner
Berichtersteller

Knut Gerschau
Berichtersteller

Edgar Naujok
Berichtersteller